



## **WOLFGANG REUTHER**

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

Kreissenorenrat Konstanz  
Herrn Dr. Bernd Eberwein  
Benediktinerplatz 1  
78467 Konstanz

70173 STUTTGART

Haus der Abgeordneten  
Konrad-Adenauer-Str. 12  
Telefon (0711) 2063 - 966

Postanschrift:  
78224 Singen  
Ekkehardstraße 68  
Telefon (07731) 9752-128  
Telefax (07731) 9752-132  
<http://www.wolfgang-reuther.de>  
[info@wolfgang-reuther.de](mailto:info@wolfgang-reuther.de)

Singen, den 09.02.2016

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlichen Dank für ihr Schreiben vom 25.01.2016, in dem Sie mich im Namen des Kreissenorenrates um die Darlegung meiner Positionen in einigen zentralen Themenbereichen bitten. Sehr gerne möchte ich Ihnen im Folgenden deutlich machen, wie die CDU Baden-Württemberg und ich ganz persönlich zu den Themen **Pflege, Wohnen im Alter, Rente, Sicherheit im öffentlichen Raum, Mobilität sowie einigen anderen Problemstellungen** stehen.

Grundsätzlich gilt für uns: Es waren unsere heutigen Senioren, die mit ihrer Schaffenskraft unserem Land zu Wohlstand verholfen haben. Ohne sie wäre Baden-Württemberg nicht da, wo es heute steht. Mit der CDU in Regierungsverantwortung werden wir deshalb neu einen Demografiebeauftragten der Landesregierung einsetzen, um die Interessen und Anliegen der älteren Generation besonders zu betreuen. Unter anderem wird er sich um Fragen des altersgerechten Lebens, Wohnens und Bauens kümmern, wie um eine wohnortnahe und familienorientierte Pflege.

### **Pflege:**

Insbesondere bei uns im ländlichen Raum brauchen wir ein optimales und altersgerechtes Arzt- und Pflegesystem. Ich habe mich in den vergangenen Jahren immer wieder mit Fachkräften aus dem Pflegebereich ausgetauscht, die Heime und ambulante Dienste besucht und einen Pflegegipfel veranstaltet, um die Probleme offen zu diskutieren. Für eine Verbesserung der Situation werden wir uns in den kommenden Jahren massiv einsetzen. Wir als CDU wollen Angebote im ambulanten und stationären Bereich, in der geriatrischen Rehabilitation und im betreuten Wohnen flächendeckend ausbauen. Ebenfalls ausbauen wollen wir die Pflegestützpunkte. Ihre Sprechzeiten müssen flexibler werden. Ein großes Problem in der Praxis ist der Bürokratieaufwand! Wir werden deshalb Vorschriften, Doppelprüfungen und überflüssige Dokumentationspflichten abbauen, damit mehr Zeit für die Betreuung bleibt.

### **Wohnen im Alter:**

Gerade in Baden-Württemberg gibt es einen wachsenden Wohnungsbedarf und vielerorts massiv steigende Mieten. Die von Grün-Rot eingeführten Regelungen im Zusammenhang mit Wohnungsbau wie Dachbegrünung und überdachte Fahrradstellplätze sind unnötig und hemmen private Investitionen, die wir dringend brauchen. Wir werden diese unsinnigen Regelungen deshalb abschaffen und die Anreize wieder stärken.

Einen besonderen Fokus wollen wir auf die ältere Generation richten: Unser Ziel ist es, dass Senioren möglichst lange ein eigenverantwortliches, selbstbestimmtes aktives und unabhängiges Leben in selbst gewählter Umgebung führen können. Wir werden deshalb die Wohnungsbaupolitik und Stadtentwicklung gezielter an den Bedürfnissen älterer Mitbürger ausrichten.

Wie bereits erwähnt, wird dies der von uns neu eingesetzte Demografiebeauftragte federführend betreuen. Konkret werden wir altersgerechte Wohnungen sowie betreute Wohn- und Mehrgenerationen-Einrichtungen stärker unterstützen.

### **Rente:**

Die Ausgestaltung der Rente fällt in die Gesetzgebungskompetenz des Bundes. Wir werden unsere Einflussmöglichkeiten etwa über die Mitwirkungsrechte der Länder im Bundesrat entsprechend wahrnehmen. Bei der Ausgestaltung der Altersversorgung muss klar sein: Nach einem langen Arbeitsleben muss genug im Geldbeutel sein, auch ohne Gang zum Amt! Das ist meine ganz persönliche Überzeugung und hierfür setze ich mich bei meiner Arbeit im Landtag ein. Wir als CDU Baden-Württemberg setzen uns für die sogenannte Flexi-Rente ein: Rentner sollen künftig länger arbeiten dürfen – wenn sie wollen und können! Wer in Teilrente geht, und gleichzeitig in Teilarbeit weiterarbeitet – das ist ab 63 Jahren möglich –, der soll künftig mehr von seinem Zuverdienst behalten können! Außerdem sollen Teilzeitrentner frei bestimmen können, wieviel sie noch arbeiten und wieviel zusätzliche Freizeit sie wollen.

Wir wollen Aktivität und Zuverdienstmöglichkeiten unterstützen, denn auf den Sachverstand älterer Arbeitnehmer dürfen wir nicht verzichten! Bürgerschaftliches Engagement in unserer Gesellschaft würde ohne unsere Senioren kaum stattfinden. Dies müssen wir wertschätzen! Im Ehrenamtsland Baden-Württemberg liegt der Anteil der über 65-Jährigen, die sich freiwillig bei unterschiedlichsten Einrichtungen engagieren, bei über 30 Prozent. Darauf können wir stolz sein. Dieses wichtige Engagement soll aber auch weiterhin frei von Verpflichtungen sein, deshalb lehnen wir verpflichtende Sozialtage für Senioren ab. Selbstbestimmung ist das Schlüsselwort!

### **Sicherheit im öffentlichen Raum:**

Die Menschen haben ein Recht darauf sich sicher zu fühlen und sicher zu leben. Nicht zuletzt unter der massiv angestiegenen Zahl der Wohnungseinbrüche in den letzten Jahren hat das Sicherheitsgefühl gelitten. Wir müssen unsere Werte, unser Recht und unser Land schützen! Die Sicherheit der Bürger sowie der Schutz vor Straftaten und Terrorismus gehören für uns zu den Kernaufgaben der Landespolitik.

Das heißt: Konsequentes Vorgehen gegen Kriminelle gleich welcher Herkunft, harte Bestrafung durch die Rechtsprechung und Stärkung unserer Sicherheitskräfte!

Grün-Rot hat mit der Polizeireform gewachsene Strukturen zerschlagen, die Zuständigkeitsbereiche zu groß gemacht und Ausbildungsstätten geschlossen. Hier werden wir gegensteuern: 1500 neue Stellen bei der Polizei, Reaktivierung des Polizeifreiwilligendienstes, Ausbildungszentren in jeden Landesteil! Verstärkung im Kampf gegen Extremismus und Terrorismus und ein besserer Schutz von Großveranstaltung, insbesondere für Frauen.

Für jeden, der zu uns kommt, muss klar sein: Bei uns gilt die deutsche Rechts- und Werteordnung. Wer zu uns kommt und kriminell ist, hat sein Bleiberecht verwirkt und muss Deutschland verlassen! Hier müssen wir konsequent handeln!

### **Mobilität:**

Bei der Verkehrsinfrastruktur müssen wir die Bedürfnisse der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger noch besser berücksichtigen. Das betrifft zum Beispiel die Schaltzeiten von Ampeln oder die Gestaltung der Fußgängerüberwege oder leicht zu bedienende Fahrkartenautomaten. Einstiegshilfen in Bussen und Bahnen sind ganz zentral, um aktiv und selbstbestimmt am Gemeinschaftsleben teilnehmen zu können! Insbesondere der ÖPNV muss also noch besser ausgestattet sein, um diesen Anforderungen gerecht zu werden.

Unter Grün-Rot hat die Förderung des ÖPNV Schaden genommen: Fördertatbestände wurden massiv ausgebaut und Fördermodalitäten gleichzeitig verschlechtert. Dadurch werde der Investitions- und Modernisierungstau noch verstärkt, den wir aber dringend gemeinsam mit den Kommunen lösen müssen. Hier werden wir entschieden entgegensteuern! Darüber hinaus unterstützen wir Fahrdienste ehrenamtlicher Helfer in ländlichen Regionen, damit Mobilität auch im Alter erhalten bleibt.

### Allgemeines:

**Flughafen Zürich:** Durch die Hauptausrichtung des Flughafens nach Norden werden insbesondere die Landkreise Waldshut, Schwarzwald-Baar sowie unser Landkreis Konstanz durch Fluglärm landender und startender Flugzeuge beeinträchtigt. Unser klares Ziel ist es deshalb, den Fluglärm in Südbaden zu begrenzen. Hierzu sind wir mit den Schweizern in Verhandlungen. Gemeinsam mit meinem Kollegen im Bundestag Andreas Jung setze ich mich weiterhin dafür ein, dass es für unseren Landkreis zu Entlastungen kommt.

**Windkraftanlagen:** Klar ist: Wir brauchen saubere, bezahlbare Energie, um unseren Bedarf in Wirtschaft und Privathaushalten zu decken. Ich halte es für wichtig, die Energiegewinnung wo möglich dezentral zu organisieren, um Unabhängigkeit und Flexibilität zu schaffen. Wo sinnvoll und rentabel, gehören auch Windkraftanlagen dazu, sofern sie keinen dramatischen Eingriff in das Landschaftsbild bedeuten. Die grün-roten Maßnahmen in Sachen Windkraft haben zu planungsrechtlichem Chaos geführt. Das werden wir beseitigen! Die Hauptverantwortung für die Planung sollte wieder auf die Regionalverbände übergehen, ohne aber den Einfluss der Kommunen zu stark zu beschneiden. Obwohl die viel zu hoch angesetzten Ziele von 1200 Windrädern im Land bis 2020 von Anfang an unrealistisch waren, hat Grün-Rot von goldgräberähnlichen Zuständen gesprochen. Der Bau dieser Anlagen greift aber vielerorts zum Teil massiv in die Belange des Natur- und Landschaftsschutzes ein. Bei zahlreichen Projekten ist deshalb mit örtlichem Widerstand zu rechnen. Hierfür brauchen wir Lösungskonzepte, die alle Interessen zum Ausgleich bringen!

### Fahrtauglichkeitsprüfung im Alter:

Ältere Menschen sind deutlich seltener an Unfällen beteiligt, als es ihrem Bevölkerungsanteil entspricht. Obwohl ein Viertel der 65 Millionen Führerscheinbesitzer in Deutschland 65 Jahre und älter ist, sind sie an nur 12 Prozent der Unfälle beteiligt. Ich sehe eine verpflichtende Überprüfung der Fahrtauglichkeit daher kritisch. Diese hängt meiner Auffassung nach nicht vom Alter, sondern vom Gesundheitszustand eines Verkehrsteilnehmers ab. Medizinische Beratung älterer Verkehrsteilnehmer hinsichtlich ihrer Fahrkompetenz und zusätzliche freiwillige Untersuchungen sind ein sinnvoller Weg, der eine neue Bürokratiemaschine verhindert.

Ich hoffe, Ihnen mit meiner Stellungnahme weitergeholfen zu haben. Bei Rückfragen können Sie sich jederzeit gerne an mein Wahlkreisbüro in Singen, Tel.: 07731/9752128 wenden.

Herzliche Grüße



Ihr Wolfgang Reuther